

## NIEDERSCHRIFT

über die 18. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom:	21.02.2001
von:	15.00 Uhr
bis:	18.15 Uhr
Ort:	Rathaus Siegen, Ratssaal

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender -  
Stv Boller, Joachim  
Stv Dreisbach, Jürgen  
Stv Elter, Uwe  
Stv Fries, Traute  
Stv Dr. Holzäpfel, Heinz  
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm  
Stv Köhl, Siegfried  
Stv Moll, Ilona  
Stv Mues, Gunter  
Stv Rothenpieler, Wilhelm  
Stv Schiemer, Hansgeorg  
Stv Schulte, Werner  
Stv Siebel, Helmut  
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

II. Beratendes Mitglied:

Stv Walter, Klaus-Volker

III. Als Zuhörer:

Stv Heupel, Rüdiger  
Stv Höpfner-Diezemann, Ute

IV. Vom Personalrat:

VA Fronius

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister  
StR Dr. Rohr  
StBR Brune  
Städt. VD Mengel  
Städt. VD Kühn  
Städt. VD Lehmann  
Städt. OVR Weber  
VA Schneider  
Städt. VR Dorsch  
Gleichstellungsbeauftragte Dellori  
Dipl.-Ing. Weidt  
VA Bernshausen  
StAR Reisch  
Dipl.-Ing. Brede  
StAR Münker - als Schriftführerin -

### Zur Tagesordnung:

- **Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Behandlung des Tagesordnungspunktes 3 des nichtöffentlichen Teils in öffentlicher Sitzung**

Herr Kühn erläutert, dass nach Auffassung der Verwaltung eine nichtöffentliche Beratung sowohl im Interesse der Stadt zur Sicherung ihrer Verhandlungsposition als auch im Interesse der Wettbewerbsteilnehmer angebracht ist. Es ist weiterhin eine breite Öffentlichkeitsarbeit vorgesehen.

Herr Boller bleibt bei seiner Auffassung, dass in der Vorlage keine wesentlichen nichtöffentlichen Tatbestände enthalten sind. Insbesondere vor dem Hintergrund der stadtentwicklungspolitischen Bedeutung des Areals und des Denkmalschutzes ist eine öffentliche Diskussion geboten.

### **Beschluss:**

Der Antrag auf Änderung der Tagesordnung wird mehrheitlich mit 1 Ja-Stimme und 0 Enthaltungen abgelehnt.

## **A      ÖFFENTLICHE SITZUNG**

### **1.      Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (CDU)**

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Dreisbach bestimmt.

18. HFA 21.02.2001

### **2.      Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 17.01.2001**

Die Niederschrift wird bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

18. HFA 21.02.2001

### **3.      Fragestunde**

Es liegen keine Anfragen vor.

21. HFA 21.02.2001

**4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung****4.1 Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Abbau des Unterhaltungs-staus**

- Antrag der UWG-Fraktion vom 23.01.2001 -

Der Antrag wird mit unter Punkt 6.6 behandelt.

18. HFA 21.02.2001

**5. Haushalt 2000**

**hier: Vorläufiges Jahresabschlussergebnis**

Vorlagenr. 950/01 - Vorlage vom 31.01.2001 -

Als positives Ergebnis lässt sich festhalten, so berichtet Herr Baumeister, dass der Abschluss des Vermögenshaushaltes ausgeglichen gestaltet werden kann und Haushaltsreste in einer Größenordnung von rd. 22 Mio. DM in das Haushaltsjahr 2001 übertragen werden können. Auch der Rahmen der Kreditermächtigungen musste nicht völlig ausgeschöpft werden, womit die Verschuldung im Ist-Bestand von 205,9 Mio. DM auf 202,6 Mio. DM reduziert werden konnte. Weiterhin negativ

stellt sich die Entwicklung des Verwaltungshaushaltes dar, wo deutliche Verschlechterungen gegenüber den Eckdaten des Haushaltes hingenommen werden müssen. Die Ursache liegt insbesondere in den wegbrechenden Einnahmegrundlagen bei der Gewerbesteuer von rd. 16,5 Mio. DM und dem Rückgang des gemeindlichen Anteils an der Einkommensteuer. Diese Entwicklung konnte auch durch eine restriktive Ausgabenbewirtschaftung nicht aufgefangen werden. Im endgültigen Jahresabschluss wird voraussichtlich ein Fehlbedarf von 12 Mio. DM ausgewiesen werden müssen, womit die nachfolgenden Haushaltsjahre weiter belastet werden. Auf die Folgen dieser Entwicklung auf die mittelfristige Finanzplanung wurde seinerseits im Laufe der Berichterstattung über den Haushaltsvollzug 2000 mehrfach hingewiesen.

◆◆◆ Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt vom vorläufigen Jahresabschluss-ergebnis 2000 Kenntnis.

18. HFA 21.02.2001

**6. Beratung des Haushaltsentwurfes 2001****6.1 Beratung der Haushaltsstellen in der Zuständigkeit als Fachausschuss**

Vorlagenr. 945/01 - Vorlage vom 24.01.2001 -

◆◆◆ Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

18. HFA 21.02.2001

**6.2 Beratung der Haushaltsstellen in der Zuständigkeit als Fachausschuss**

Vorlagenr. 952/01 - Vorlage vom 25.01.2001 -

dazu: Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.02.2001 -

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN kritisiert nach wie vor die Zurverfügung-stellung von Mitteln für die Patenschaft „Schnellboot SS 55 ALK“, so Herr Boller, und fordert, diese auf einen Verein zu übertragen.

---

**Abstimmung (über den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Der Ansatz bei der HHSt. 1.000.9350.2 - Erwerb bewegliches Vermögen Gemeinde-organe - wird von 83.000,00 DM auf 0,00 DM gesetzt. Der eingesparte Betrag wird zur Verstärkung der HHSt. 1.200.9352.x - Erwerb von beweglichem Vermögen im

Schulbereich - gemäß Beschluss des Ausschusses für Schul- und Bildungswesen vom 18.01.2001 verwendet.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (1 Stimme dafür), 0 Enthaltungen**

---

◆◆◆ Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt Kenntnis.

18. HFA 21.02.2001

### 6.3 Stellenplan der Stadtverwaltung Siegen

#### 1. Stellenplan 2001

#### 2. Mittelfristiger Ausbildungsstellenplan 2001 - 2005 (Fortschreibung)

Vorlagenr. 936/01 - Vorlage vom 23.01.2001 -

Herr Dr. Holzäpfel sieht angesichts der von Verwaltung für erforderlich gehaltenen Steuererhöhungen die Notwendigkeit, auch aus dem Bereich der politisch Verantwortlichen Maßnahmen zur Haushaltskonsolidierung vorzuschlagen. Eine Begrenzung der Personalkosten als größtem Etat in dem Verwaltungshaushalt wurde zwar verwaltungsseitig bereits vorgeschlagen, geht aber nach Auffassung der CDU-Fraktion nicht weit genug. Der Fachausschuss hat sich daher auf Vorschlag der CDU-Fraktion für eine Begrenzung auf 107 Mio. DM ausgesprochen. In diesem Zusammenhang votierte der Ausschuss auch für eine einjährige Beförderungssperre ab Besoldungsgruppe A 10, was als vertretbar angesehen wird. Die Ungleichbehandlung gegenüber den im Angestelltenverhältnis Beschäftigten ist zwar nicht zu verkennen, jedoch keine Einflussmöglichkeit gegeben. Er ruft allerdings dazu auf, im Rahmen des Stellenplanes in diesem Bereich zurückhaltend zu agieren. Des Weiteren wird vorgeschlagen, die Stelle des Historikers / der Historikerin vorläufig nicht zu besetzen, da ggf. Strukturveränderungen Auswirkungen auf diese Position haben könnten. Die Ausbildung sollte auf den aktuellen Bedarf begrenzt werden.

Für die SPD-Fraktion wäre es angesichts der Gesamtsituation folgerichtig, so Herr Kirchhöfer, die Historiker/in-Stelle gänzlich zu streichen. Seine Fraktion vermisst nach wie vor eine abschließende Regelung für den Bereich der Schulsozialarbeit. Inwieweit eine weitere Deckelung der Personalkosten realistisch ist, vermag er angesichts der Hinweise der Verwaltung nicht einzuschätzen. Die Schaffung einer neuen Leitungsstelle für einen Fachbereich 9 hält er zum gegenwärtigen Zeitpunkt für verfrüht. Die SPD-Fraktion unterstreicht hier nochmals die Forderung, eine externe Organisationsuntersuchung für den Fachbereich 8 durchzuführen. Dies ist seines Erachtens zweckmäßiger, als erst Eckpunkte zu setzen und anschließend die Organisation entsprechend zu strukturieren. Die SPD-Fraktion beantragt daher, entsprechende Mittel für eine externe Organisationsuntersuchung des Fachbereiches 8 bereitzustellen und erst nach der Auswertung die stellenmäßigen Schlussfolgerungen zu ziehen.

Aus Sicht von Herrn Boller sind konkretere Vorgaben für Einsparungen im Personal-kostenetat erforderlich. Er sieht keine Veranlassung, ohne stichhaltige Begründung einen neuen Fachbereich einzurichten. Die Probleme liegen seines Erachtens in der hauptsächlich betroffenen Abteilung eher auf der Sachbearbeiterebene, wo zuwenig Personal zur Verfügung steht. Es ist daher kontraproduktiv, aus diesem Bereich noch eine Stelle abzuziehen und der falsche Zeitpunkt, einen zusätzlichen Fachbereich einzurichten, ohne die Ergebnisse der Untersuchung des Rechnungsprüfungs-amtes oder der externen Untersuchung zu kennen. Es sollte zumindest ein Ergebnis abgewartet werden.

Herr Mues hält fest, dass die Verwaltung aufgefordert wurde, zum Thema Schul-sozialarbeit einen Vorschlag zu unterbreiten. Eine Änderung der Befristung bis zum 31.12.2001 ist seines Erachtens im Interesse aller Beteiligten diskussionswürdig. Bezug nehmend auf die gewünschte externe Organisationsuntersuchung für den Fachbereich 8 hält er fest, dass seines Wissens ein entsprechender Prüfungsauftrag beim Rechnungsprüfungsamt in Bearbeitung ist. Bis zur Vorlage des Ergebnisses sollte von weiteren Untersuchungen abgesehen werden.

Herr Siebel hält es für erforderlich, nicht nur im Fachbereich 8, sondern im gesamten Baubereich eine Organisationsuntersuchung vorzunehmen. Da eine interne Untersuchung aufgrund persönlicher Beziehungen und Befindlichkeiten problematisch ist, unterstützt er nachhaltig den Antrag der SPD-Fraktion. Es ist uneffektiv, in einzelnen Punkten Korrekturen vorzunehmen, wenn das gesamte System nicht abgestimmt ist.

Eine neue Vorlage zur Schulsozialarbeit ist seines Erachtens entbehrlich, da die Fakten und die Konsequenzen bei einer Streichung des Angebotes bekannt sind. Er begrüßt die Reduzierung der Controller-Stellen im Zuge der Neuorganisation, lehnt aber eine Erweiterung der Fachbereichsebene ausdrücklich ab. In diesem Bereich ist vielmehr eine Zusammenführung von Aufgaben erforderlich. Die Verhängung einer Beförderungssperre ist seines Erachtens kein geeignetes Mittel, da die Beschäftigten selbst die durch die Übernahme zu vieler und zu großer Projekte entstandene Situation nicht zu verantworten haben. Zudem trägt eine solche Maßnahme nicht zur Verbesserung des Arbeitsklimas bei. Abschließend hält er fest, dass die UWG-Fraktion dem Stellenplan nicht zustimmen wird.

Herr Köhl bedauert, dass eine Entscheidung über die Fortführung der Schulsozialarbeit weiterhin offensichtlich verschoben werden soll. Bezug nehmend auf den Ausbildungsstellenplan hält er es für wichtig, Jugendlichen einen Berufsabschluss zu ermöglichen, auch wenn eine Übernahme in ein Beschäftigungsverhältnis bei der Stadt nicht möglich sein sollte.

Auch für Herrn Boller ist eine Verschiebung der Entscheidung zur Fortführung der Schulsozialarbeit unnötig. Er weist darauf hin, dass auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Planungssicherheit benötigen und die Gefahr des Abwanderns besteht.

Bezug nehmend auf die Ausbildungssituation weist Herr Bürgermeister Stötzel auf die Zusage der Verwaltung hin, bis Mitte des Jahres einen an die aktuelle Situation angepassten Ausbildungsstellenplan vorzulegen.

◆◆◆ Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet

9. HFA 21.02.2001

6.4 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung von Grundsteuern vom 16.02.1999;  
hier: Erhöhung der Hebesätze für die Grundsteuern A + B ab 01. Januar 2001

Vorlagenr. 876/00 - Vorlage vom 01.12.2000 -

◆◆◆ Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

18. HFA 21.02.2001

6.5 1. Änderung der Satzung der Stadt Siegen über die Erhebung der Gewerbesteuer nach Ertrag vom 16.02.1999;  
hier: Erhöhung des Hebesatzes für die Gewerbesteuer nach Ertrag ab 01. Januar 2001

Vorlagenr. 877/00 - Vorlage vom 01.12.2000 -

◆◆◆ Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

18. HFA 21.02.2001

6.6 Beratung und Beschlussfassung von Haushaltssatzung/Haushaltsplan 2001, des Investitionsprogrammes 2000 - 2004 und der 7. Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes 1994 für das Haushaltsjahr 2001 unter Einschluss der mittelfristigen Finanzplanung 2000 - 2004/2007

Vorlagenr. 951/01 - Vorlage vom 31.01.2001 -

dazu Antrag der UWG-Fraktion: Bereitstellung von Haushaltsmitteln zum Abbau des Unterhaltungsstaus (s. TOP 4.1)

Herr Siebel unterstreicht noch einmal die Notwendigkeit, verstärkt Vermögenserlöse für Bauunterhaltungsmaßnahmen einzusetzen, da die Schäden an städtischen Immobilien jährlich zunehmen.

Herr Baumeister stimmt der Einschätzung grundsätzlich zu, möchte jedoch dem Eindruck entgegenreten, dass die Stadt Siegen ausschließlich über marode, nicht nutzbare Immobilien verfügt. Laut einer aktuellen Statistik für den Bereich Schulunterhaltung stellt die Stadt Siegen im landesweiten Vergleich, bezogen auf die Jahre 1990 bis 1998, weit mehr Mittel zur Verfügung, als die übrigen Kommunen im Land. Dennoch sollten die Bemühungen weiter unterstützt werden.

Herr Mues merkt an, dass der besondere Stellenwert der Bauunterhaltung dadurch unterstrichen wird, dass in 2001 speziell für die Bereiche Schule und Sport zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden sollen. Da eine Finanzierung solcher Sonderprogramme nur über Vermögenserlöse bestritten werden kann, sollte nach Auffassung der CDU-Fraktion eine Entscheidung von Jahr zu Jahr getroffen und keine Verpflichtung für Sonderaufwendungen über einen längeren Zeitraum eingegangen werden.

Herr Boller begrüßt grundsätzlich die Initiative und weist darauf hin, dass ein verstärkter Mitteleinsatz mittelfristig eine Reduzierung von Instandsetzungsaufwendungen bewirkt. Hinsichtlich der Investitionen für Straßen und Brücken möchte er jedoch keine pauschale Mittelbereitstellung, sondern ein konkretes Maßnahmenprogramm mit Überprüfung der Notwendigkeiten. Er bittet daher, über die drei Punkte des Antrages getrennt abstimmen zu lassen.

Herr Bürgermeister Stötzel weist darauf hin, dass der Bereitstellung zusätzlicher Haushaltsmittel auch eine entsprechende Personalkapazität gegenüber stehen muss, um die einzelnen Maßnahmen abwickeln zu können. Er teilt die Auffassung von Herrn Boller, bei der Sanierung von Brücken und Straßen die Notwendigkeit im Einzelfall zu prüfen.

Herr Kirchhöfer hält eine Verstetigung der Ansätze auf einem höheren Niveau für sinnvoller, als ad hoc zusätzliche Mittel bereitzustellen, ohne einen vernünftigen Planungsvorlauf gewährleisten zu können.

---

#### Abstimmung über den Antrag der UWG-Fraktion:

In den nächsten 5 Jahren werden folgende Beträge im Haushalt für Bauunterhaltungsmaßnahmen eingestellt:

- im Schulbereich jährlich 3,0 Mio. DM
- im Sport- und Bäderbereich jährlich 1,0 Mio. DM
- für Straßen und Brücken jährlich 3,0 Mio. DM.

Abstimmungsergebnis: 2 Stimmen dafür (UWG, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),  
9 Stimmen dagegen (CDU), 4 Enthaltungen (SPD)

---

#### Abstimmung über den Antrag der SPD-Fraktion (s. TOP 6.3):

Für eine externe Organisationsuntersuchung der Fachbereiche 7 und 8 werden zusätzlich Mittel in Höhe von 200.000,00 DM bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis: 6 Stimmen dafür (SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, UWG), 9  
Stimmen dagegen (CDU)

---

◆◆◆ Die Vorlage wird ohne Beschlussempfehlung an den Rat weitergeleitet.

18. HFA 21.02.2001

#### 7. Mittelfristiges Personalkostenkonsolidierungskonzept 2001

Vorlagenr. 937/01 - Vorlage vom 23.01.2001 -

Herr Dr. Holzäpfel weist drauf hin, dass sich der Fachausschuss zu Ziffer 4.3 dafür ausgesprochen hat, dem Ausschuss zu seiner nächsten Sitzung einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan vorzulegen.

Beschlussvorschlag (mit Änderungen):

Der Rat der Stadt Siegen beschließt das vorgelegte Personalkostenkonsolidierungs-konzept 2001 und beauftragt die Verwaltung, entsprechend der Empfehlungen zu Ziffer 4.1 bis 4.7 der Vorlage unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen unter Ziffer 4.2 und 4.3 zu verfahren.

4.2: Für die Besoldungsgruppen A 10 bis A 16 wird eine einjährige Beförderungssperre verhängt.

4.3: Eine Ausbildung über den Bedarf hinaus erfolgt derzeit nicht. Die Verwaltung wird beauftragt, zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Personal, Organisation und Frauengleichstellung einen neuen mittelfristigen Ausbildungsstellenplan vorzulegen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)**

18. HFA 21.02.2001

## **8. Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen**

Vorlagenr. 947/01 - Vorlage vom 25.01.2001 -

### **Beschlussvorschlag (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt den Frauenförderplan der Stadtverwaltung Siegen unter Berücksichtigung der Änderung unter Ziffer 3.2 (Seite 37 und 38) und beauftragt die Verwaltung, die Maßnahmen des Frauenförderplanes umzusetzen.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür, 1 Stimme dagegen (SPD),  
1 Enthaltung (SPD)**

18. HFA 21.02.2001

## **9. Neufassung der Hauptsatzung der Stadt Siegen**

Vorlagenr. 962/01 - Vorlage vom 01.02.2001 -

Herr Dorsch weist darauf hin, dass den Ausschussmitgliedern eine neue, zwischen dem Bürgermeister und der Gleichstellungsbeauftragten abgestimmte Fassung des § 4 vorgelegt wurde.

### **Beschlussvorschlag (mit Änderung):**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Neufassung der Hauptsatzung unter Berücksichtigung der zur Sitzung vorgelegten Änderung des § 4.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

18. HFA 21.02.2001

## **10. Kurz-, mittel- und langfristiges Stadterneuerungsprogramm hier: Festlegung von Prioritäten**

Vorlagenr. 897/01 - Vorlage vom 18.01.2001 -

- ◆◆◆ Die Ausschussmitglieder verständigen sich auf Bitte von Herrn Mues darauf, das Programm zunächst im Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegen-schaften zu beraten.

18. HFA 21.02.2001

**11. Mietanpassung für die Nutzung von kleineren Räumen bzw. Sälen der Siegerlandhalle und Bismarckhalle sowie der städtischen Bürger-häuser**

Vorlagenr. 915/01 - Vorlage vom 08.01.2001 -

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassungen entsprechende der in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen mit Wirkung ab 01. März 2001.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

18. HFA 21.02.2001

**12. Bebauungsplan Nr. 247 „Giersberg-Ost“ in Siegen-Bürbach;  
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
- Abwägung der Bürgerbeteiligung und Beteiligung TÖB  
- Beschluss des Bebauungsplanentwurfes Nr. 247 „Giersberg-Ost“ mit Begründung und dessen öffentliche Auslegung**

Vorlagenr. 935/01 - Vorlage vom 04.01.2001 -  
dazu: Vorlagenr. 935/01 A - Vorlage vom 02.02.2001 -

Unter Hinweis auf § 31 GO NW nehmen Herr Kirchhöfer und Herr Dr. Holzäpfel an der Beratung und Beschlussfassung nicht teil.

Herr Brune verweist eingangs auf die zur Sitzung vorgelegte Ergänzungsvorlage Nr. 935/01 B, die sich auf eine im Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie vorgelegte Stellungnahme aus landschaftsökologischer Sicht bezieht. Unter Berücksichtigung der vorgebrachten Einwendungen wird ein Verzicht auf eine Bebauung im Bereich des Quellsiefens vorgeschlagen, die dem entsprechend geänderten Planausschnitt zu entnehmen ist.

Darüber hinaus ist zwischenzeitlich ein Schreiben der Unteren Landschaftsbehörde mit dem Hinweis auf einen möglichen Magerwiesen-Bestand eingegangen. Bei der Anhörung der Träger öffentlicher Belange wurde ein solcher Hinweis nicht gegeben, derzeit fehlen auch konkrete Ortsangaben. Die Untere Landschaftsbehörde bittet, eine Kartierung vornehmen zu können, sobald die Vegetation dies zulässt. Die Verwaltung hält es für sinnvoll, die Offenlegung nunmehr vorzunehmen und die vorge-

brachten Änderungen in der weiteren Abwägung einzubeziehen. Abschließend weist er darauf hin, dass aufgrund der Gesetzessystematik die Nummerierung im Beschlussvorschlag wie folgt geändert werden muss:

- Punkt 1 wird Punkt 3
- Punkt 2 wird Punkt 1
- Punkt 3 wird Punkt 2.

Herr Boller hält fest, dass das Beratungsverfahren über das Wohnraumkonzept noch nicht abgeschlossen ist und der Rat noch keine Reihenfolge für die künftige Bauleitplanung festgelegt hat. Er sieht daher keine Grundlage für eine Ausweisung des Bereiches Giersberg-Ost als Wohnbaufläche. Nach Bekanntwerden der beabsichtigten Offenlegung hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein ökologisches Gutachten in Auftrag gegeben, das weitere Änderungsnotwendigkeiten



aufzeigt. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sieht keinen Handlungsbedarf für eine kurzfristige Offenlegung und lehnt dies aus den v. g. Gründen ab.

#### Beschlussvorschlag:

1. Über die von den Bürgern und den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) während der öffentlichen Auslegung (Bürgerbeteiligung) vom 04.09.1995 bis 04.10.1995 vorgebrachten Bedenken und Anregungen und den sonstigen Stellungnahmen wird wie folgt beschlossen:
  - 1.1 Die Anregungen der Ev. Kirche von Westfalen zur Geschossigkeit der Gebäude werden berücksichtigt; die zum Ausbau der Straße "Im Wiesengarten" werden nicht berücksichtigt.
  - 1.2 Die Anregungen des Forstamtes bezüglich des Holzabfuhrweges werden berücksichtigt.
  - 1.3 Die Anregungen des LSBA Siegen sind überholt (siehe Stellungnahme WSBA).
  - 1.4 Die Bedenken der Anliegerin (Am Mühlenseifen 40) zum ökologischen Gutachten werden zurückgewiesen. Die Anregung zum Bau eines Kreisels wird berücksichtigt.
  - 1.5 Die Anregungen des Anliegers Turnhallenweg 10 zum Turnhallenweg werden nicht berücksichtigt.
  - 1.6 Die Bedenken und Anregungen des Naturschutzbundes Deutschland zu den preiswerten Mietwohnungen für Familien mit Kindern, zu den Obstwiesen und zur Versiegelung durch Bebauung werden nicht berücksichtigt.
  - 1.7 Die Bedenken des Anliegers Azaleenweg 9 zur Festsetzung des Grundstücks werden berücksichtigt und die Anregung zur Erweiterung der Ausgleichsflächen wird nicht berücksichtigt.
  - 1.8 Die Bedenken und Anregungen der Anliegerin Jung-Stilling-Straße 5 werden berücksichtigt.
  - 1.9 Die Bedenken des Anliegers Lützowstraße 8 zur Grundstücksfrage werden nicht berücksichtigt.
  - 1.10 Die Bedenken und Anregungen des Anliegers Flurstück 247, Flur 5, werden nicht berücksichtigt.
  - 1.11 Die Bedenken der Anlieger Siegstraße 65 und Obere Rolandstraße 9 zur Grundstücksfrage werden zurückgewiesen.
2. Über die von den Trägern öffentlicher Belange (TÖB) in der Zeit vom 17.10.2000 bis 28.11.2000 für den Bereich der Bauleitplanung hinsichtlich der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung angegebenen bedeutsamen Planungen und sonstigen Maßnahmen wird wie folgt beschlossen:
  - 2.1 Dem Hinweis des Kreises Siegen-Wittgenstein hinsichtlich der Bewertung des Fichten-Forstes wird gefolgt.  
Dem Hinweis zur Verwendung der Umwandlung des Fichten-Forstes wird nicht gefolgt.
  - 2.2 Den Bedenken der Landwirtschaftskammer wird nicht gefolgt.
  - 2.3 Die Anregung des Staatlichen Umweltamtes auf Sicherstellung von evtl. benötigten Flächen für Versickerung wird berücksichtigt.
3. Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 3 (2) BauGB den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 247 "Giersberg-Ost" im Stadtteil Siegen-Bürbach und seine öffentliche Auslegung mit Begründung.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

**13.       Bebauungsplan Nr. 311 „Ober dem Feldgarten“ in Siegen - Kaan-Marienborn;  
hier: Anordnung der Umlegung**

Vorlagenr. 938/01 - Vorlage vom 12.01.2001 -

Nach Auffassung von Herrn Kirchhöfer ist die Anordnung der Umlegung zum jetzigen Zeitpunkt verfrüht, da noch keine Offenlegung des Bebauungsplanes erfolgte und noch keine planerische Darstellung der Erschließung vorliegt. Er beantragt daher, den Tagesordnungspunkt zurückzustellen.

Herr Boller stimmt der Auffassung von Herrn Kirchhöfer zu, dass zunächst die Erschließung als wesentliche Voraussetzung für eine Bebauung des Gebietes geklärt sein muss.

---

**Abstimmung (über den Vertagungsantrag):**

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen**

---

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen ordnet für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 311 "Ober dem Feldgarten" gemäß § 46 (1) BauGB in Verbindung mit § 45 BauGB die Umlegung an.

**Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür**

18. HFA 21.02.2001

**14.       Erlass einer Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 306 „Weidenauer Straße /  
Kläranlage“;  
hier:   a) Auf § 31 GO NW wird hingewiesen  
       b) Beschluss der Veränderungssperre gem. § 16 Abs. 1 BauGB als Satzung**

Vorlagenr. 968/01 - Vorlage vom 08.02.2001 -

**Beschlussvorschlag:**

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 16 Abs. 1 BauGB die Veränderungssperre für das Gebiet des Bebauungsplanes Nr. 306 "Weidenauer Straße / Kläranlage" laut Anlage 2 zur Vorlage vom 08.02.2001 als Satzung.

**Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen**

18. HFA 21.02.2001

**15. Neubenennung von Straßen in Siegen;  
Benennung der Erschließungsstraßen im Bebauungsplangebiet Nr. 298 „Heidenberg“**

Vorlagenr. 894/01 - Vorlage vom 10.10.2001 -

Frau Fries erinnert an einen Beschluss des Haupt- und Finanzausschusses aus dem Jahr 1994, im Bereich des ehemaligen Kasernengeländes eine Erinnerungsstätte für die dort stationierten belgischen Garnisonen einzurichten. In diesem Zusammenhang hält sie es für wünschenswert, mit der Namensgebung an die deutsch-belgische Freundschaft zu erinnern. Unabhängig davon wurde im Bezirksausschuss West auf den Wunsch der Bevölkerung hingewiesen, mit der Namensgebung an die seinerzeitigen Flurbezeichnungen zu erinnern. Sie betont, dass die Personen „Graf Johann der Mittlere“ und „Johann Jakob von Wallhausen“ keine unmittelbar historische Verbindung mit dem Bereich des Heidenberges haben, sondern während des Nazi-Regimes in Zusammenhang mit dem Garnisonsstandort missbraucht wurden. Sie lehnt daher nachhaltig eine Änderung des Verwaltungsvorschlages ab.

Für Herrn Boller sind besondere Verdienste der genannten Persönlichkeiten nicht erkennbar. Darüber hinaus werden die Namensvorschläge in der Achenbacher Bevölkerung nicht akzeptiert. Aus Sicht der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sollte ein Vorschlag unter Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger erarbeitet werden. Er beantragt daher die Vertagung der Entscheidung.

---

**Abstimmung (über den Vertagungsantrag):**

Die Entscheidung wird zurückgestellt.

**Abstimmungsergebnis: Mehrheitlich dagegen (1 Stimme dafür),  
4 Enthaltungen (SPD)**

---

**Beschluss (mit Änderung des Verwaltungsvorschlages):**

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt, für die im Bebauungsplangebiet Nr. 298 "Heidenberg" ausgewiesenen Planstraßen die nachstehenden Straßennamen zu vergeben:

a) Achse 1

Die von der Achenbacher Straße abzweigende Achse 1 erhält den Namen "Wallhausenstraße".

b) Achse 2

Die von der Achse 1 abzweigende und im weiteren Verlauf wieder einmündende Achse 2 erhält den Namen "Garnisonsring".

c) Achse 3

Die Verbindungsstraße Achse 3 zwischen den Achsen 1 und 2 erhält den Namen

"Graf-Johann-Straße".

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür (Gegenstimmen SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN)

18. HFA 21.02.2001